

Rede zur GfP-Tagung

HH-Konsolidierung in LSA: Politische Strategien und deren Umsetzung

Anrede,

- Freue mich über Thema dieser Tagung – beschäftige mich seit über 10 Jahren mit langfristigen Strategien einer gestaltenden Finanzpolitik
- Wir schauen über den Tellerrand hinaus – Gespräch mit Experten aus Deutschland, waren kürzlich dazu in Wien, kenne Gerhard Steger schon länger, führten dazu auch Gespräche in der Schweiz, Skandinavien oder Japan.
- Wollen speziell das „**Wiener Modell**“ im Land kreativ nutzen.

Aufgaben bis 2020/Rahmenbedingungen

2025

- Das Jahr 2020 spielt für die finanzpolitischen Planungen aller neuen Länder eine besondere Rolle. Dann wird es für den Osten Deutschlands keine Sonderförderung des Bundes mehr geben und die Zuwendungen der EU werden erheblich sinken. Und das ist auch gerechtfertigt. Nach dann dreißig Jahren großzügiger Hilfen muss Osten finanzpolitisch auf eigenen Füßen stehen.
- Das **erfordert** aber enorme **Umstrukturierungen**, die wir bereits vor Jahren eingeleitet haben und in den kommenden Jahren zu Ende bringen müssen.

- **Einige Zahlen sollen zeigen, was vor uns steht:**
Solidarpakt - im Jahr 2005 über 1,6 Milliarden Euro, 2013 waren es noch gut eine Milliarde Euro, 2020 gibt es keinen einzigen Euro. **Fiskalklippe** 2019/2020 Rückgang von 330 Mio. Euro in einem Jahr.
- **EU-Förderung - Förderperiode von 2007 bis 2013 noch knapp 3,5 Milliarden Euro (Strukturfonds + ELER), in der neuen 2014 bis 2020 sind es rd. 600 Millionen Euro weniger (insges. 2,9 Mrd. EUR). Für die Förderperiode 2021ff. hoffen wir nach vorsichtigen Schätzungen auf etwa 130 Millionen Euro jährlich (insgesamt bei 7 Jahren rd. 900 Mio. EUR).**
- Schon diese Einnahmeverluste zeigen den großen Reformbedarf. Doch in Sachsen-Anhalt schlägt auch der hohe **Rückgang der Einwohnerzahl zu Buche.**
- 1990 noch knapp 2,9 Mio. Einwohner 2020 werden es laut offiziellen Prognosen noch gut zwei Millionen.
- **Fiskalisch:** Jeder Einwohner, den wir verlieren, macht über den Länderfinanzausgleich etwa 2.800 Euro weniger für uns aus. **Aufgabe:** LSA muss **ein Einwandererland werden.** Land muss attraktiver werden, damit die Wirklichkeit bei der Bevölkerungsentwicklung günstiger wird als die Voraussagen.

Wie Verluste kompensieren?

- Stellt sich die Frage, wie Einnahmeverluste kompensiert werden können? **Solidarpakt III für den Osten** nach 2020 ist angesichts der HH-Überschüsse im Osten und der zum Teil dramatischen finanziellen Probleme in den alten Ländern **nicht gerechtfertigt.**
- Ich bin mir mit meinen Kollegen in Westdeutschland darin einig, dass sich künftig Sonderzuweisungen nicht mehr nach der Himmelsrichtung, sondern nach der Bedürftigkeit richten müssen.
- Wegfall der Sonderförderung und Einnahmeverluste durch Bevölkerungsentwicklung können nur zu **gewissem Teil durch höhere Steuereinnahmen ausgeglichen werden.**
- Nach unseren Schätzungen werden die Steuereinnahmen Sachsen-Anhalts von 2014 bis 2020 um ungefähr 1,3 Milliarden Euro ansteigen; damit können nicht einmal die Rückgänge bei der Sonderförderung kompensiert werden.
- **Aber ich bin auch strikt gegen die alten politischen Muster, dass schwierige Probleme mit neuen Schulden gelöst werden können.** Das haben wir in Sachsen-Anhalt die ersten 15 Jahre nach der Wende zu oft getan.
- Die Folge war, dass das Land praktisch auf der Intensivstation landete. Bei einem Gesamt-Etat von **etwa 10 Milliarden Euro im Jahr haben wir inzwischen Schulden von rund 20,6 Milliarden Euro** angehäuft. Allein die Zinsbelastung betrug zu Beginn meiner Amtszeit 2006 fast eine Milliarde Euro! (jetzt etwa 600 Mio. Euro)
- Sachsen-Anhalt hatte seine finanzpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten damit fast vollständig einbüßt.

Strikte Konsolidierung

- Deshalb bin ich für strikte Konsolidierung – ohne neue Schulden. So habe ich mich mit dafür eingesetzt, dass 2012 die Schuldenbremse eingeführt worden ist. Die Auflagen der Schuldenbremse werden ja durch den Fiskalpakt, der die Kommunen einschließt, noch verschärft. Als dienstältester MF sage ich, dass wir ohne diese Vorgaben bei der Konsolidierung in Deutschland nicht so weit vorangekommen wären!
- Eine herausragende Rolle dabei kommt aber dem Steuerungs- und Controlling-Instrumenten wie dem **Stabilitätsrat in Berlin** zu. Der Rat hat bereits für ein Umdenken in der Finanzpolitik gesorgt
- Der Rat hat bereits die Rolle der Finanzministerien verändert. Alle Beschlüsse und Unterlagen werden veröffentlicht. Anders als in der Vergangenheit ist es damit möglich, öffentlichen Druck auf die Landesregierungen zu erzeugen, die keine Konzepte zur Konsolidierung vorlegen.
- Ein gescheitertes Sanierungsverfahren führt gegenwärtig „nur“ zu einer Rüge und zu einem erneuten Verfahren. Deshalb ist es an der Zeit, **über effektive Sanktionsmöglichkeiten den Ländern gegenüber nachzudenken, die ihre Haushaltslage nicht im geforderten Ausmaß verbessern.**
- Das kann bedeuten, dass solche Länder einen Teil ihrer finanzpolitischen Autonomie verlieren, in dem der Rat z.B. verbindliche Pfade für die Ausgabenzuwächse vereinbart. Wirkung kann ein solches Konzept nur entfalten, **wenn der Verstoß gegen die Auflagen mit spürbaren finanziellen Auswirkungen verbunden ist.**

- So halte ich es für machbar, **einen Strukturfonds für alle Länder einzurichten**, um regionale strukturelle Probleme zu bekämpfen. **Die Freigabe dieser Mittel würde dann aber daran geknüpft, dass das Land eine nach den Maßstäben des Stabilitätsrates nachhaltige Finanzpolitik verfolgt bzw. die vereinbarte Konsolidierung auch umgesetzt wird.**
- Ein Vorbild dafür gibt es: Schon heute kann der Stabilitätsrat die Auszahlung der Konsolidierungshilfen verweigern, wenn das Land den Abbaupfad für das strukturelle Defizit nicht eingehalten hat.
- Eine Möglichkeit, diese Idee umzusetzen, bietet sich 2020. Dann tritt die Schuldenbremse auch auf Länderebene endgültig in Kraft, der Solidar-Pakt II ist ausgelaufen und für den bestehenden Länderfinanzausgleich muss bis dahin ein Nachfolgesystem etabliert worden sein.
- Die Wirkung des Controlling-Instruments Stabilitätsrat hat mich jedenfalls so überzeugt, **dass ich in Sachsen-Anhalt die Einführung eines eigenen Landes-Stabilitätsrates** zur Steuerung der Konsolidierung bei den Kommunen **vorangetrieben** habe. Es ist bis heute der einzige seiner Art in den Bundesländern.

Reformen sind nötig

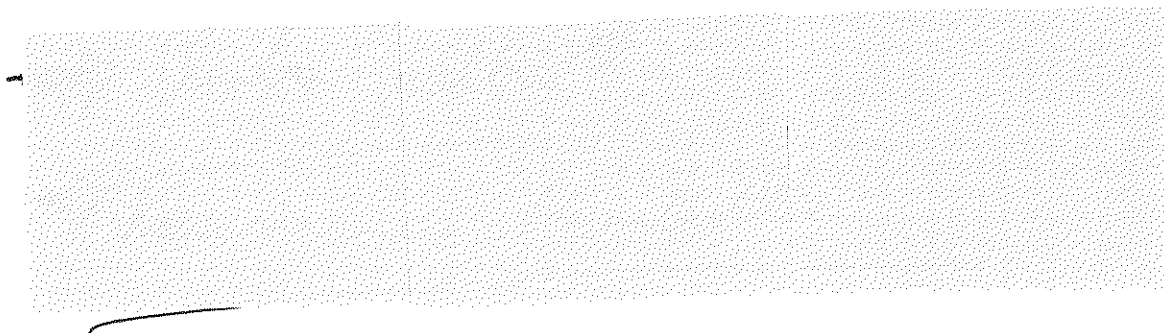
- Trotz klarer Vorgaben und Regelungen kommt man aber bei der Konsolidierung ohne tiefgreifende Reformen nicht voran. Konsolidierung beschränkt sich eben nicht darauf, wie Kritiker meinen, einfach den Geldhahn zuzudrehen. Deshalb haben wir seit 2006 das Tempo bei den Umstrukturierungen erhöht.
- Bei mehreren **Kommunalreformen** 2007 und 2010 verringerte sich die Zahl der Landkreise von 37 auf 11 und die Zahl der selbständigen Kommunen wurde von einst 1.030 auf heute 236 reduziert.
- Auch aufgrund der demografischen Entwicklung haben wir seit 1991 fast die Hälfte aller **Schulen** geschlossen. Gab es 1991 fast 1.800 Schulen, so waren es 2013 noch knapp 900. In den nächsten Jahren werden alle Schulen geschlossen, die weniger als 80 Schüler haben.
- Von 2009 bis 2013 haben wir die Zahl der **Finanzämter** von 21 auf 14 reduziert. Bis 2017 wird die Zahl der **Justizvollzugsanstalten** von 8 auf 3 Standorte verringert. Und gegenwärtig wird öffentlich heftig über Umstrukturierungen bei den Theaterstandorten gestritten.
- Zurzeit läuft in Sachsen-Anhalt auch eine intensive Debatte über eine Polizeistrukturereform. Ziel ist es, dass die Zahl der Vollzugsbeamten von gegenwärtig 6.500 auf unter 6000 im Jahr 2019 sinkt. Hier – wie bei vielen Diskussionen über Personalanpassungen z. B. im Bereich Lehrkräfte an Schulen – orientieren wir uns an Ländervergleichen.
- Denn: Wichtigste Stellschraube für die Finanzplanung ist natürlich das Personalentwicklungskonzept **PEK**.

- Es ermöglicht, die Stellenanzahl und die Stellen-Entwicklung detailgenau in allen Ministerien bis hinein in das kleinste Referat zu betrachten. Dabei definieren wir Personalziele angelehnt an Ländervergleiche.
- Mit diesem Konzept ist es gelungen, **durch Personalreduzierungen seit 2006 etwa 380 Millionen Euro** an Kosten zu sparen. **Bis 2020** realisieren wir etwa noch einmal die gleiche Einsparsumme. Bis dahin werden wir nochmals etwa **8.500 Verwaltungsstellen** netto abbauen.
- Das bedeutet, dass wir gleichzeitig etwa 3.450 junge Mitarbeiter in der Verwaltung einstellen werden, die sind hier bereits eingerechnet.

Schon viel erreicht

- Die Anstrengungen haben sich gelohnt. Sachsen-Anhalt ist seit 2006 ein erhebliches Stück vorangekommen. Damals mussten wir noch über 650 Millionen Euro neue Schulden aufnehmen, 2013 konnten wir 50 Millionen Euro Schulden tilgen! Bis 2020 soll sich **die Tilgung auf etwa 225 Millionen Euro erhöht haben**. Dann erst können wir auch bei sinkender Bevölkerung die Pro-Kopf-Verschuldung absenken.
- Voraussetzungen geschaffen, damit wir bei relativ stabilen Rahmenbedingungen künftig jedes Jahr ohne neue Schulden auskommen, die aufgelaufenen Schulden abtragen und darüber hinaus Vorsorge-Elemente stärken können.
- So haben wir 2013 die **Steuerschwankungsreserve** auf über 170 Millionen Euro aufgefüllt. Bis 2020 sollen es über 780 Millionen Euro sein. Dann ist Sachsen-Anhalt - wie Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern schon jetzt – krisenfest. Eine Finanzkrise wie die zwischen 2008 bis 2010 würde uns dann nicht sofort wieder in die roten Zahlen treiben.
- Zur Vorsorge gehört auch, dass wir steigende Pensionszahlungen im Blick haben, die schon heute wd. Ländern ernste Sorgen bereiten
- Wir haben **Pensionsfonds** angelegt, der 2013 knapp 400 Millionen Euro umfasste. 2020 soll dieser Fonds rund 1,5 Milliarden Euro umfassen; 2030 können dann 5 Milliarden Euro drin sein. Dann könnte Sachsen-Anhalt sämtliche Pensionszahlungen aus diesem Fonds bestreiten.
- Bei meinem finanzpolitischen Konzept spreche ich einem **Dreiklang**: Konsolidieren, Vorsorgen und Investieren.

- Als Finanzminister schaue ich auf alle finanzwirtschaftlichen Quoten, so auch auf die **Investitionsquote**. Diese sinkt seit Jahren leicht, völlig normal im Rahmen des Aufhol-Prozesses, weil vieles inzwischen erreicht worden ist.
- Die Quote lag 2013 bei 12,5 %. Dieses Jahr steigt sie auf weit über 17%, der Hauptgrund dafür ist allerdings das schwere Juni-Hochwasser 2013 und die damit verbundenen Milliarden-Hilfen. Ich möchte die Investitionsquote unseres Landes langfristig bei mindestens 10 % halten.
- Dafür braucht man Geld. Eine hohe Investitionsquote ist ein wesentlicher Antrieb für meine Konsolidierungspolitik.
- Ich finde es vernünftig, dass wir in Sachsen-Anhalt die **Wirtschaftsförderung** immer mehr auf revolvingende Fonds statt auf Einmal-Zuschüsse und viel mehr **auf die Forschung ausrichten**. Wir unterstützen so nicht mehr nur geschaffene Arbeitsplätze, sondern blicken genau auf deren Forschungspotential - **gut bezahlte Jobs**.



Hilfe für Kommunen

- Konsolidieren und Investieren gilt auch für Kommunen. Wenn es Kommunen schlecht geht, dann geht es dem Land nicht gut.
- Finanzministerium, das seit 2011 auch für die Kommunal финанzen zuständig ist, pflegt schon etliche Jahre eine Konsolidierungs-Partnerschaft mit den Kommunen.
- Kommunen, die ihre finanzielle Lage verbessern wollen, können freiwillig in den Genuss eines Programmes zur Teilentschuldung kommen **STARK II**. Da reden wir von rund 1,3 Mrd. Euro.
- Als Gegenleistung für Hilfe sind eigene Sparanstrengungen nötig. Die werden in einem zeitlich überschaubaren Konsolidierungs-Vertrag geregelt. Nahezu alle verschuldeten Kommunen meines Landes nutzen inzwischen diese Chance.
- Gegenwärtig laufen letzte Vorbereitung für **STARK IV** – Ablösen der Altfehlbeträge. **Ziel: 2020 sollen zwei Drittel aller Kommunen schuldenfrei sein** – immenser Standortvorteil im Wettbewerb der Regionen.
- Auch beim Investieren greift das Land den Kommunen unter die Arme. Seit 2012 läuft das in Europa einmalige Programm zur Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen **STARK III**.
- Wir wollen mit finanzieller Hilfe der EU alle demografiefesten Kitas und Schulen sanieren. Dabei ist die größte Hürde der Demografie-Check.

Blick nach vorn

- Sachsen- Anhalt ist auf dem Weg in **finanzpolitische Normalität** – ohne Sonderförderungen Überschüsse erarbeiten, Vorsorgen und Land attraktiver machen.
- Ich werde im **Sommer einen Masterplan** vorlegen, der wichtigste Reformen bis 2025 aufzeigt – einschließlich **Fiskalklippe**.
- Im Herbst werden wir ein **Informationssystem - ISA** - vorstellen können – für Kabinett, Landtag und für die Bürger!